Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 28 (1949)
Heft: 11

Buchbesprechung: Hinweise auf Zeitschriften
Autor: Stössinger, Felix

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

mus.) Orwell selbst hat sich gegen eine solche Ausdeutung seines Buches gewendet[2]. Trotzdem dürften manche in der Maske von Freiheitskämpfern einherwandernde Reaktionäre ihre Freude an ihm haben. Haben wir es nicht erlebt, daß gegen obligatorische Impfungen, ja sogar gegen die Krankenversicherung unter dem Schlagwort der bedrohten Freiheit gekämpft wurde, als ob die Freiheit, das eigene Kind anzustecken, zu den Gütern gehörte, für deren Erhaltung es sich ziemt, das Leben einzusetzen? (In England besteht die Gefahr einer solchen Mißdeutung der Absichten des Autors allerdings nur in einem sehr geringen Umfang. Churchill hat 1945 nur Gelächter geerntet, als er die Einführung einer politischen Polizei als die unausweichliche Folge eines sozialistischen Wahlsiegs bezeichnete, und die Erfahrungen von 1945 bis 1949 haben die Lächerlichkeit dieser Behauptung nur unterstrichen. Englische Leser verfallen leider vielfach dem entgegengesetzten Irrtum, daß sie die blutig-ernst gemeinte Warnung Orwells als einen geistreich-harmlosen Scherz mißverstehen, denn «das kann bei uns nicht vorkommen.»)

Darum ist es in diesem Zusammenhang wichtig, auszusprechen, daß die Erhaltung und Festigung des von Anatole France formulierten Rechtes aller, unter der Brücke schlafen zu dürfen, nicht nur kein Ziel ist, «aufs innigste zu wünschen», sondern durch die von ihm gezüchtete und geförderte Geringschätzung der Freiheitsrechte des Einzelwesens und der Freiheit des Geistes den totalitären Bestrebungen nur den Weg ebnet. Nur wenn und insoweit es gelingen wird, die grundlegenden Freiheiten des Individuums mit seinem Recht auf Arbeit, auf soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit zu vermählen, wird die Zukunft der Menschheit frei von den abstoßenden Zügen sein, die ihr nach George Orwell anhaften müßten, wenn sich die Nacht des Totalitarismus für immer über sie senken sollte.

Hinweise auf Zeitschriften

Die Problematik Europas

Die Fiktion der französisch-englischen und der englisch-europäischen Gemeinschaft hat der ökonomischen Wirklichkeit in den letzten Wochen und Monaten immer weniger standgehalten. Frankreich hat nach den vergeblichen Bemühungen, zwischen seinem Erz und der deutschen Kohle eine engere Verbindung herzustellen, auch noch andere Rücksichtslosigkeiten der britischen Wirtschaftspolitik hinnehmen müssen, deren größte die geheimgehaltene Pfundabwertung war. Während nur intime Kenner der vielen Verträge, Abkommen und Versprechungen der letzten Jahre feststellen können, wieviele von ihnen bei diesem Anlaß gebrochen wurden, haben die Diskriminierungen, die England nach der Pfundabwertung Europa gegenüber getroffen hat, den einzigen praktischen Beschluß des Europäischen Wirtschaftsrates vom 13. August über die Liberalisierung des europäisch-englischen Handels einseitig außer Kraft gesetzt. Die Harfen, die in Straßburg geschlagen wurden, sind noch nicht verklungen, und schon wurden ihre Saiten durchschnitten. Frankreich ist wieder einmal der Hauptleidtragende seiner direktionslosen Politik, und daher machen sich Bemühungen um neue Prinzipien endlich bemerkbar. Gerade weil die Einmütigkeit Westeuropas unbezweifelbar ist, keine neuen Aggressionen zu dulden, kann die Kritik an der amerikanischen Welt- und der englischen

---

[2] «Das Buch zeigt den Grad der Perversität, deren eine zentralisierte Wirtschaft fähig ist und der im Kommunismus und Faschismus teilweise schon erreicht erscheint» (New Republic», New York, 29. August 1949).

Europapolitik nur das Ziel haben, durch eine Konsolidierung des Kontinents die Kräfte des Friedens widerstandsfähig zu machen.

Wenn *J. Alvarez del Vayo* in «*The Nation*» (14) die Äußerungen eines französischen Diplomaten, wie man annehmen darf, richtig wiedergibt, sieht man in Paris auch einer friedlichen Lösung des kalten Krieges besorgt entgegen: «Diese ganze russisch-amerikanische Spannung wird eines Tages mit einer amerikanischen Riesenanleihe an Rußland enden, und wenn dann die Russen die übermäßige Produktion Amerikas absorbieren, können wir Franzosen wie Idioten in den Mond starren.»

Wesentlich komplizierter tritt dagegen aus dichten ideologischen Schichten wieder die Grundfrage Europas in Erscheinung, ob nämlich England zum Imperium Europa politisch und wirtschaftlich gehören kann, ohne sein eigenes in Frage zu stellen. Unwissenheit oder Mißgunst, oder beides zusammen, unterstellten dem Widerstand der Labourregierung gegen die Beschlußrechte des europäischen Parlaments in Straßburg, Konkurrenzangst vor Churchill. Daß aber gerade Churchills Mitarbeiter, die eine theoretische Schulung besitzen, sich seiner Europapolitik und überhaupt jeder wirklichen Bindung des Vereinigten Königreichs an den Kontinent widersetzen, beweisen ihre politischen Studien in der «*National Review*» (789). *L. S. Amery*, der frühere Staatssekretär für Indien und Burma im Kriegskabinett, stellt eine Frage, die kein Engländer bejahen wird, nämlich ob fortan statt der Krone ein europäisches Parlament Englands höchste Instanz werden solle. Die von Amery vertretene Richtung der britischen Politik will nicht die Prosperität des imperialen Präferenzsystems von Ottawa zugunsten einer prekären Wirtschaftsunion mit dem europäischen Markt aufgeben, aus dem England früher oder später von Deutschland wieder verdrängt werden könnte. Öffnet die britische Regierung die Zollbarrieren des Commonwealth für Europa, so werden die Dominien und Kolonien zuerst mal von amerikanischen Waren überschwemmt werden, und England würde sein Wirtschaftsimperium verlieren, ohne das europäische dafür zu gewinnen. Hinter dem Phantom der *One-World-Politik* erscheint das Schreckgespenst des Ein-Welt-Lieferanten Amerika, der nicht soviel kaufen kann, wie er liefern will. Amery ist ein ebenso entschiedener Gegner der Ein-Welt- wie der *Zwei-Welten-Politik*. Es ist keine geringe, aber um so erfreulichere Überraschung, daß nun ein konservativer britischer Politiker, der gewiß ein starkes England wünscht, auf die Konzeptionen der *Kontinentalpolitik* zurückgreift und eine Gruppenbildung empfiehlt, die sich, wie auch er annimmt, nur aus dem britischen, amerikanischen, russischen, europäischen Imperium zusammensetzen könnte. Diese Lösung war, nach Amery, von 1918 bis 1930 möglich, für ihre Unterlassung und Verhinderung hat die Welt mit einem Weltkrieg bezahlt, um sich von einem neuen bedrohen zu lassen. Amery spricht über diese Fragen mit der Unabhängigkeit, die allmählich ein britisches Monopol zu werden droht. Und er, der an der Niederringung Japans Anteil hatte, bedauert es nun, daß Japan seine Mission, ein ostasiatisches Imperium zu bilden, durch seine autokratische Politik selbst zu Fall gebracht habe. Daß China statt ostasiatisch russisch wird, gehört zu den Folgen einer Politik, deren Machtbedürfnisse destruktiv waren.

Während also wieder Bedenken formuliert werden dürfen, ob England zu Europa gehört, hat England groteskerweise in *Straßburg* erreicht, daß nicht einmal Frankreich ungeteilt zu Europa gehören darf. Weil das bis zur Unglaubwürdigkeit absurd ist, gehört es zu jenen Wahrheiten, über die wir nur gelegentlich informiert werden. In «*Civitas*» (1—2), der Monatsschrift des Schweizerischen Studentenvereins, berichtet *Carl Doka* aus Straßburg, daß Frankreich mit zwei pechschwarzen Afrikanern garniert im Europarat erschien, zur allgemeinen Verwunderung, da doch Europa nicht zum dunkeln Erdteil gehöre. Aber er gehört zu uns, da es außer der dubiosen Straßburger Verfassung noch eine französische gibt, und zu den 90 Departements des Mutterlandes die drei algerischen gehören, aber auch die überseeischen, die bis nach Westindien reichen. Die afrikanischen Franzosen verlangten, daß der Europarat das überseeische Frankreich als seinen Bestandteil anerkenne und sprachen das Wort *Eurafrika* aus. In den Abstimmungen bekannten sich alle Abgeordneten der Mittelmeerländer, aber auch die an Afrika hochinteressierte belgische Delegation, zum Antrag des Abgeordneten aus Senegambien, während die britische, holländische und die nordischen Vertreter ihn mit knapper Mehrheit niederstimmten. «Die Episode (schreibt Doka) ist bezeichnend für das Ringen um den Inhalt dessen, was Europa sein soll. Die einen wollen

es auf Kontinentaleuropa beschränken, indessen die anderen die Rohstoffquellen miteinbeziehen möchten.»

Es handelt sich aber nicht bloß um Rohstoffe, sondern um den Menschen und um die Konzeption einer *eurafrikanischen Kultur*, die im 19. Jahrhundert mit Delacroix begonnen hat. An ihr wirkt bemerkenswert die große Zeitschrift «*Présence Africaine*» mit, zu deren Mitarbeitern Gide, Mounier, Monod, Sartre, Richard Wright gehören. Sie nimmt zunächst widersprechende Konzeptionen auf, wie die übertriebene Auffassung vom heute noch schöpferischen Wert der primitiven Gesellschaftsformen neben den Bemühungen, den Afrikaner im Dienste der Gegenwartsaufgaben zu rationalisieren. Ein ausgeprägtes Interesse an dem Afrikaproblem, in dem die älteren Diskussionen für und gegen Kolonialismus längst überwunden sind, beweist «*Esprit*» mit seinen ausgesprochen eurafrikanischen Aspirationen.

Alle diese Tendenzen beweisen, daß die Dinge selbst Europa zum Selbstbewußtsein erwecken. Dazu kommt aber auch die wachsende Einsicht, der ich seit einigen Jahren auch in Beiträgen der Schweizer Presse Ausdruck gegeben habe, daß nur ein starkes Europa die angelsächsische Welt vor Rußland und dieses vor ihr schützen kann. Unglücklicherweise sind aber gerade die Mächte, die Europa um ihrer eigenen Sicherheit willen brauchten, Gegner seiner Zusammenfassung. War es früher nur die Balance of power, so jetzt auch die sowjetische Außenpolitik, die damit gegenüber ihren eigenen *Litwinow-Zeiten* reaktionär geworden ist. Denn damals begünstigte sie Föderationen in Europa, wie die Kleine Entente und den Balkanbund, während sie sich jetzt durch das Verbot der jugoslawisch-bulgarischen Föderation den Spaltpilz des Titoismus in ihren eigenen Pelz gesetzt hat. Den Einfluß der föderationsfeindlichen Politik Rußlands auf die Balkanopposition erwähnt auch *Alexander Werths* Belgrader Bericht in «*The Nation*» (15). Auch *Hugo Kramer* sieht in den «*Neuen Wegen*» (9), welche Bedeutung es hätte, ein starkes Europa als «Puffer zwischen die beiden großen Machtblöcke einzuschieben». Aber es ist grundfalsch, sich an Europa zu interessieren oder zu desinteressieren, je nachdem es sozialistisch oder kapitalistisch ist. Das ist wieder eine dieser unglückseligen Alternativen, mit denen man Postulate dogmatisch um ihren Sinn bringt. Ein zusammengefaßtes Europa wird, wer immer es, zu welchen Zwecken immer, bildet, ein Fortschritt sein. Überläßt man freilich, wie es seit 30 Jahren der Fall ist, den andern die Initiative, so werden sie sie zu ihren eigenen Zwecken gebrauchen. Um so wichtiger wäre es für eine produktive sozialistische Politik, sich die europäische Initiative nicht aus der Hand nehmen zu lassen.

Um den Existentialismus

Eine philosophische Richtung, die von der literarischen und politischen Welt so leidenschaftlich wie der Existentialismus diskutiert wird, weist gewiß weit über bloße Schulphilosophie hinaus. Ihr Einfluß auf die intellektuelle Welt, die bisher vor allem zum Bolschewismus tendierte, hat diesen zu seiner heftigen Gegnerschaft veranlaßt. Immerhin machte sich schon vor einem Jahr *Georg Lukács* die Widerlegung in der Wochenschrift «*Parallèle*» (50) allzu leicht. Es ist bedauerlich, daß ein so hervorragender Literatursoziologe glaubt, philosophisch mit den strittigsten Begriffen der Außenpolitik wie «Imperialismus» und «Volksdemokratie» argumentieren zu können. Er weist den «Volksdemokratien» die Aufgabe zu, auf philosophischem Gebiete diese Ideologie zu «liquidieren», deren Diskussion oder Widerlegung wahrlich nicht auf diese machtpolitischen Voraussetzungen zu warten braucht.

Gegen den Aufsatz *Existentialphilosophie und Sozialismus* von Polybios in der «Roten Revue» (8) hat *Valentin Gitermann* in vier Anmerkungen polemisiert, deren dritte fragt, ob der Existentialismus eine ideologische Reaktion des Bürgertums auf seine heutige Existenzlage ist. Eine Antwort darauf gab schon vorher *Max Horkheimer* in einem an der Frankfurter Universität gehaltenen Vortrag *Philosophie und Studium*, der in den katholischen «*Frankfurter Heften*» (8) abgedruckt ist. Horkheimer geht auf den positivistischen Pessimismus von *Max Weber* zurück, für den bereits die Erkenntnis des sozial Richtigen bloßer Schein war. Die Entscheidung war nicht die Folge einer Erkenntnis, sondern irrational dem Belieben des Einzelnen anheimgestellt. Diese Auffassung steht ohne Zusammenhang mit dem heutigen Menschen, der ein

Atom im Spiel der entfalteten Mächte ist, und dessen Fähigkeit weite Entscheidungen zu treffen, rapid verkümmert. Das Individuum wird ohne möglichen Appell an eine geistige Instanz autonom gemacht, seine Entscheidungen erhalten etwas Gleichwertiges, einerlei ob sie Werte oder Unwerte wählen.

Noch weiter gehe Sartres Erklärung des Menschen, der ein freies Sein für sich selber führt: «Nicht was die anderen glauben, daß ich bin oder soll, ja nicht einmal die Rolle, in die sie mich hineinzwingen, kann, nach Sartre, für mich bindend sein. Ob ich als Arbeiter, Verbrecher, Henker, Christ oder Jude wirklich existiere, ist meine eigene Freiheit, gleichviel, was in den Köpfen der anderen vor sich gehen mag. Auf meine Entscheidung kommt es an.»

Durch die Verklärung einer grundlosen Entscheidung, erhält diese Philosophie nach Horkheimer den Charakter eines *illusionären Aktivismus:* «Als ob es darauf ankäme, sich zu entscheiden, wenn das *Wofür* der Entscheidung überhaupt keinen objektiven Vorrang vor dem Gegenteil hat.» In dieser Form des Existentialismus sieht Horkheimer einen objektiven Ausdruck der Verzweiflung über das Verschwinden der Autonomie: «Er ist der radikale Gegensatz zum totalitären Gehorsamswahn, — allzu radikal, als daß man nicht eine *logische Parallele* zu ziehen versucht wäre.»

Zeitschriften der Ostzone

Unter den Periodica der Ostzone ist die Zweimonatsschrift *Sinn und Form* die wesentlichste. Ihr Chefredaktor *Peter Huchel*, dessen 1948 gesammelte unpolitische «*Gedichte*» ein intimes Naturgefühl sprachschöpferisch und doch zwanglos in inhaltlich erneuerten Formen ausdrücken, hat sich programmatisch in den bisher erschienenen fünf Heften von der sprachlichen Qualität der Beiträge leiten lassen und dogmatisch-sterile Polemik auch aus dem kritischen Teil ausgeschlossen. Naturgemäß werden Autoren der kommunistisch regierten Länder, solche, die nicht in politischer Opposition stehen, bevorzugt, ferner aus irgend welchen Gründen, meist qualitativen, Hinzugenommene wie Hauptmann, Loerke und andere. Durch dichterische Wiedergabe ausländischer Dichtungen erweitert Huchel den Mitarbeiterkreis über ganz Europa und in die Vergangenheit. Von einem Boykott der irgendwie mit dem Westen verbundenen Autoren ist keine Rede, wie mehrere Beiträge beweisen. Lyrik, Novelle, Biographie, Essay haben mit Ausnahmen, die Geschmackssache sind, immer ein beträchtliches Niveau. Von exemplarischem Symbolismus ist die Erzählung «Der Webstuhl» von *Hermann Kasack*, Träger des Fontane-Preises der Stadt Berlin, die die Dekadenz eines kultischen Aktes in leere Massenproduktion zum Zeitproblem erhebt. Hervorzuheben sind Beiträge aus dem Nachlaß von *Walter Benjamin*, der einige Motive Baudelaires auch marxistisch analysiert; eine Abhandlung von *Ernst Bloch* über Hegel aus einem neuen Buch «Die Selbsterkenntnis»; einige Seiten von *Ramuz* über Dostojewskij; die Jugenderinnerungen von *Romain Rolland;* ein Sonderheft *Bertolt Brecht;* Gedichte aus vielen Kreisen. Die Zeitschrift kann neben allen großen Monatszeitschriften Europas gut bestehen.

Der «*Aufbau*» ist die Monatsschrift des kommunistischen Kulturbunds und enthält außer den Parteiartikeln literarische und kulturelle Beiträge, die sich mit wesentlichen Zeitproblemen auseinandersetzen. Die Redaktion läßt auch nichtkommunistische Autoren und Meinungen zu Worte kommen. Daß solche Mitarbeiter, deren nicht- oder antikommunistischer Standpunkt bekannt ist, von einer Zeitung der Westsektoren «weltanschauliche Söldner» genannt werden, ist ebenso schlecht gesagt wie gedacht. Die frischgebackenen Antibolschewisten wollen gewöhnlich die wildesten sein.

Auch «*Die Weltbühne*» ist nicht so reinbolschewistisch, wie es in der Schweiz behauptet wurde. Man weiß offenbar nicht, daß sie unter Jacobsohn, Tucholsky, Gerlach, Ossietzky immer sowjetfreundlich war, und daß Sowjetgegnerschaft, wie meine, selten und ungern zugelassen wurde. Leider verfügt sie mit wenigen Ausnahmen nicht mehr über die spritzigen Talente der Vergangenheit; aber man erfährt durch sie auch etwas über die Sünden der Gegenseite, über den deutschen Zustand und über Gespenster des Dritten Reichs, die die eine falsche Demokratie gegen die andere falsche ausspielt.

F. Stgr.